

AMERIKA DIENST

Information
und
Dokumentation

International Communication Agency
Embassy of the United States of America

31 B

2. Juli 1980

I N H A L T

DOKUMENTATION

Gemeinsame Erklärung zum Besuch Carters in Jugoslawien

Presseerklärung der spanischen Regierung zum Besuch Carters

Carter-Interview mit der spanischen Nachrichtenagentur EFE

Carters Tischrede auf dem Staatsbankett in Madrid

Carter-Interview mit der portugiesischen Nachrichtenagentur ANOP

Gemeinsame amerikanisch-portugiesische Erklärung zum Besuch Carters

Erklärung Carters nach der Rückkehr aus Europa

Um Übersendung von
Belegexemplaren wird
gebeten

Postfach 20 03 00 Tel: 0228-89 32 40
D 5300 Bonn 2 Telex: 08-85432

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUM BESUCH CARTERS IN JUGOSLAWIEN

BELGRAD (AD) - Anlässlich des Besuches von Präsident Jimmy Carter in Jugoslawien am 24. und 25. Juni 1980 wurde folgende gemeinsame Erklärung veröffentlicht:

Auf Einladung der Präsidentschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien statteten der Präsident der Vereinigten Staaten, Jimmy Carter, und Mrs. Carter am 24. und 25. Juni 1980 Jugoslawien einen offiziellen Besuch ab. Während des Besuches führten Präsident Carter und der Präsident der Präsidentschaft der SFRJ, Cvijetin Mijatovic, herzliche und konstruktive Gespräche in einer Atmosphäre der gegenseitigen Achtung, Verständigung, Offenheit und Freundschaft.

Von amerikanischer Seite waren an den Gesprächen beteiligt:

Jimmy Carter, Präsident der Vereinigten Staaten;
Lawrence S. Eagleburger, Botschafter in Jugoslawien;
Zbigniew Brzezinski, Berater des Präsidenten für Fragen der

der nationalen Sicherheit;

Jody Powell,	Pressesekretär des Präsidenten;
David Newsom,	Staatssekretär für politische Angelegenheiten;
Richard Cooper,	Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten;
Steve Larrabee,	Nationaler Sicherheitsrat.

Von jugoslawischer Seite nahmen teil:

Cvijetin Mijatovic,	Präsident der Präsidentschaft der SFRJ;
Lazar Kolisevski,	Mitglied der Präsidentschaft der SFRJ;
Veselin Djuranovic,	Präsident des Föderativen Exekutivrates;
Josip Vrhovec,	Föderativer Sekretär für Auswärtige Angelegenheiten (Außenminister);
Sinan Hasani,	Vizepräsident der Föderativen Versammlung;
Budimir Loncar,	Botschafter in den Vereinigten Staaten;
Milovoje Maksic,	Außenpolitischer Berater des Präsidenten der Präsidentschaft;
Mirko Zaric,	Direktor für nordamerikanische Angelegenheiten im Außenministerium.

Präsident Carter traf auch mit anderen führenden Vertretern Jugoslawiens zusammen.

Präsident Carter brachte die tiefe Trauer des amerikanischen Volkes über den Tod von Präsident Tito zum Ausdruck, der in den Vereinigten Staaten stark bewundert und geachtet wurde. Der Präsident und Mrs. Carter äußerten bei dieser Gelegenheit erneut ihr Bedauern über den Verlust eines großen Staatsmannes, der als einer der prominentesten Führer der blockfreien Bewegung sein ganzes Leben in den Dienst des Aufbaus eines starken und unabhängigen Jugoslawiens und der Sicherung des Friedens und Fortschrittes in der Welt stellte.

Präsident

Präsident Carter und die Präsidentschaft von Jugoslawien stellten mit Befriedigung die sehr erfolgreiche Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und den Vereinigten Staaten fest. Sie stimmten darin überein, daß das Treffen in Washington im März 1978 zwischen Präsident Carter und Präsident Tito und das zu diesem Anlaß unterzeichnete Dokument eine dauerhafte und stabile Basis für die weitere Stärkung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern darstellen. Fest auf die in diesem Dokument niedergelegten Standpunkte und Grundsätze sowie auf die 1971 und 1975 von den Präsidenten beider Länder unterzeichneten Dokumente gegründet, haben die Vereinigten Staaten und Jugoslawien in der Verbreiterung und Vertiefung ihrer Beziehungen auf allen Gebieten große Fortschritte gemacht.

Beide Seiten bekräftigten, daß in den letzten Jahren eine bedeutsame Ausweitung des Dialogs und der Konsultation zwischen beiden Ländern stattgefunden hat, wobei der regelmäßige Schriftwechsel zwischen Präsident Tito und Präsident Carter eine besondere Rolle spielte. Es haben ferner stattgefunden ein ständiger Besuchsaustausch auf allen Ebenen, einschließlich produktiver Kontakte zwischen Mitgliedern des amerikanischen Kongresses und der Föderativen Versammlung der SFRJ sowie andere beiderseits nützliche Besuche und Austauschprogramme. Die Vereinigten Staaten und Jugoslawien bekräftigten ihre Bereitschaft, diese nützliche Praxis fortzusetzen, die sich als im Interesse beider Länder und allgemein der größeren internationalen Verständigung erwiesen hat.

Beide Seiten stellten die Bedeutung historischer und kultureller Bindungen zwischen beiden Völkern und die besondere Rolle der Amerikaner jugoslawischer Abstammung für die Stärkung der Bande der Freundschaft und der Verständigung fest. Sie bekräftigten auch ihr beiderseitiges Interesse an den Erleichterungen des freien Flusses von Informationen und Menschen zwischen beiden Ländern, billigten amtliche und nichtamtliche Austauschprogramme auf den Gebieten von Wissenschaft und Technologie,

Technologie, Kultur und Information und kamen überein, daß auf diesen Gebieten noch mehr getan werden kann.

Bezüglich der steigenden Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Jugoslawien stellten Präsident Carter und die Präsidentschaft der SFRJ mit Befriedigung das Wachstum in Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen jugoslawischen und amerikanischen Betrieben und Finanzinstituten fest. Sie unterstrichen ihr beiderseitiges Interesse an einer weiteren Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen und kamen überein, die Bemühungen um eine Steigerung des Handels zu intensivieren, und waren sich gleichzeitig darüber im klaren, daß das Wachstum der Exporte Jugoslawiens ein wichtiger Faktor einer befriedigenden Entwicklung des zweiseitigen Handels sein wird. Sie kamen ferner überein, daß mehr getan werden müsse, um andere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einschließlich gemeinsamer Unternehmen und langfristiger Zusammenarbeit, zu fördern. Die amerikanische Seite brachte ihr Verständnis und Bereitschaft für die Förderung der Bemühungen Jugoslawiens um die Stabilisierung und Weiterentwicklung seiner Wirtschaft zum Ausdruck. Es wurde die Anerkennung für den bereits geleisteten Beitrag zur Stärkung der amerikanisch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen durch den Amerikanisch-Jugoslawischen Wirtschaftsrat, die Jugoslawische Kammer zur Förderung der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und die amerikanisch-jugoslawischen Wirtschaftsarbeitsgruppen ausgesprochen.

Beide Seiten stellten mit Befriedigung die Maßnahmen fest, die getroffen werden, um Gewaltakte gegen Jugoslawien und seine diplomatischen, konsularischen und sonstigen Vertreter in den Vereinigten Staaten zu verhindern und Schuldige zu bestrafen. Präsident Carter bekräftigte die Verpflichtung der amerikanischen Regierung, keine solchen terroristischen Aktivitäten zu dulden, die den Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen und auch die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern stören.

Präsident

Präsident Carter und der Präsident der Präsidentschaft der SFRJ brachten ihre große Besorgnis über die ernste Verschlechterung der internationalen Lage zum Ausdruck, die eine Bedrohung des Weltfriedens darstellt. Mit dem Ziel, dem gegenwärtigen gefährlichen Trend in den internationalen Beziehungen Einhalt zu gebieten und den unterbrochenen Prozeß der Entspannung wieder in Gang zu bringen, bekräftigten sie die Notwendigkeit für die strikte Einhaltung des Geistes und der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen - vor allem jener, die sich mit der Unzulässigkeit der Anwendung von Gewalt, der Intervention und der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, der Aufzwingung eines fremden Willens auf souveräne Staaten, in welcher Form und Rechtfertigung auch immer, und der Blockierung ihrer unabhängigen inneren Entwicklung befassen.

Auf dieser Basis unterstrichen beide Seiten die Bedeutung der Ausweitung des Prozesses der Verhandlungen und Zusammenarbeit in der Welt sowie die Notwendigkeit eines umfassenden Prozesses der Entspannung, der die größtmögliche Zahl von Ländern einbeziehen und auf der strikten Achtung vor der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten beruhen sollte. Dies wurde als umso wichtiger betrachtet, als die Welt große Veränderungen durchmacht, die eine gegenseitige Zurückhaltung seitens aller Länder von Handlungen notwendig macht, die den Weltfrieden und die internationale Stabilität stören. Sie unterstrichen die Rolle der Vereinten Nationen als wesentliches Instrument zur Erhaltung des Friedens, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und für die Stärkung der Zusammenarbeit in der Welt.

Die Gespräche erstreckten sich auch auf allgemeine Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Beide Seiten bekräftigten die Verpflichtung, alle Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki durchzuführen, und betonten ihre Entschlossenheit, den KSZE-Prozeß zu stärken und sich auf der Madrider-Konferenz für einen ausgewogenen Fortschritt auf allen Gebieten einzusetzen, in der Überzeugung, daß dies die Sicherheit

Sicherheit und Zusammenarbeit unter allen Unterzeichnern der Schlußakte verbessern und eine umfassendere Bedeutung haben würde.

Beide Seiten äußerten ihre Ansichten über die Folgen eines weiteren Wettrüstens unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung von Frieden und Sicherheit, der derzeitigen Verschlechterung der internationalen Situation und der Notwendigkeit für eine allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Sie stimmten überein, daß es notwendig sei, sich weiterhin um wirksame, faire und verifizierbare Abkommen zur Rüstungsbegrenzung, Rüstungsreduzierung und Abrüstung zu bemühen, die auf den Grundsätzen der unverminderten Sicherheit für alle Staaten beruhen. Das Ziel sollte die allmähliche Reduzierung der Rüstung auf den tiefstmöglichen Stand sein, wie er mit der Sicherheit und Stabilität für alle Nationen mit dem letztlichen Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle vereinbar ist. Besondere Aufmerksamkeit wurde in den Gesprächen der sich verschlechternden Lage der Entwicklungsländer und der internationalen wirtschaftlichen Situation als Ganzes gewidmet. Ausgehend von der wachsenden Interdependenz aller Nationen wurde von beiden Seiten bekräftigt, daß die dringende Notwendigkeit besteht, nach Lösungen für die noch nicht bewältigten Probleme zu suchen und sich um eine gerechte Harmonisierung der wirtschaftlichen Interessen aller Länder zu bemühen. Beide Seiten waren sich einig über die weitreichende politische Bedeutung der Fortsetzung eines konstruktiven Dialogs zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern sowie über die Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf einer stabileren und gerechteren Grundlage. Sie unterstrichen nachdrücklich die Bedeutung einer größeren Unterstützung von seiten der industriell entwickelten Länder für die rasche Entwicklung der Entwicklungsländer und die Wichtigkeit globaler Verhandlungen über diese Fragen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß diese Verhandlungen zu produktiven Ergebnissen zum Nutzen aller und vor allem zum Nutzen der Entwicklungsländer führen werden, was im Interesse eines wirksameren Funktionierens der gesamten Weltwirtschaft liegen würde.

Bei

Bei der Erwägung der verschiedenen Aspekte der Menschenrechte waren sich beide Seiten auch darüber einig, daß die Bemühungen zur Förderung der Achtung vor den Menschenrechten in allen Ländern in Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Schlußakte von Helsinki weitergeführt werden sollten.

In Übereinstimmung mit der Notwendigkeit, entscheidende Anstrengungen zu einer gerechten Lösung sowohl der von früher her bestehenden als auch der neuen Krisen in der Welt zu unternehmen, befaßten sich die amerikanische und die jugoslawische Seite mit den derzeitigen Entwicklungen im Nahen Osten, in Südafrika, Südwest- und Südostasien und anderen Gebieten.

Die beiden Seiten gaben ihrer besonderen Besorgnis über die Situation im Nahen Osten Ausdruck, die weiterhin eine Quelle für große Spannung in internationalen Angelegenheiten bleibt. Sie waren sich über die dringende Notwendigkeit einig, eine umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung für die Probleme des Nahen Ostens zu finden, und erläuterten im einzelnen ihre jeweiligen Ansichten zu der derzeitigen Situation.

Sich dem südlichen Afrika zuwendend verurteilte die amerikanische wie auch die jugoslawische Seite den Rassismus in jeder Form und das südafrikanische System der Apartheid. Sie gaben ihrer Unterstützung für die Bemühungen Ausdruck, die auf das Zustandekommen einer Mehrheitsherrschaft und der nationalen Unabhängigkeit in Zimbabwe gerichtet sind.

Beide Seiten betonten die Notwendigkeit der Respektierung der Rechte des Iran auf Unabhängigkeit und Blockfreiheit sowie seines Rechts, über seine eigene innere Entwicklung und Orientierung in internationalen Angelegenheiten ohne Einmischung und Druck von außen zu bestimmen. Sie waren sich einig, daß die Freilassung der als Geiseln im Iran festgehaltenen amerikanischen Diplomaten und die friedliche Lösung der zwischen ihnen

ihnen bestehenden Probleme durch die Vereinigten Staaten und den Iran auf der Grundlage der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen wesentlich zum Frieden und der Stabilität in dieser Region beitragen würden.

Beide Seiten forderten, daß es mit der militärischen Intervention und allen anderen Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Länder ein Ende haben müsse. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit, daß die involvierten ausländischen Truppen zurückgezogen werden und allen Ursachen für Leiden und Opfer in solchen Ländern ein Ende gesetzt wird. Sie forderten auch weitere humanitäre Anstrengungen seitens der internationalen Gemeinschaft zur Lösung der Probleme der Flüchtlinge.

In diesem Zusammenhang legte jede Seite ausführlich ihren Standpunkt über die Mittel und Wege zur Lösung der Situation dar, die in Afghanistan und Kambodscha entstanden ist, wobei die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, die Rechte aller Völker auf Entscheidung über ihr eigenes Geschick zu respektieren.

Präsident Carter und der Präsident der Präsidentschaft der SFRJ unterstrichen die Bedeutung der Blockfreiheit als unabhängiger Faktor in internationalen Angelegenheiten.

Präsident Carter bekräftigte, daß die Vereinigten Staaten den Wunsch der blockfreien Staaten respektierten, über ihre eigenen inneren Entwicklungen und die Orientierung in internationalen Angelegenheiten selbst zu entscheiden.

Präsident Carter verwies noch einmal auf den anhaltenden Respekt und das Eintreten der Vereinigten Staaten für die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und die Einheit Jugoslawiens. Die Vereinigten Staaten sehen in einem unabhängigen und blockfreien Jugoslawien einen wichtigen Faktor für das Gleichgewicht, den Frieden und die Stabilität in Europa und der

der Welt.

Die beiden Seiten unterstrichen ihre Entschlossenheit, die derzeitige erfolgreiche Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der SFRJ und den Vereinigten Staaten von Amerika weiter auszuweiten und zu bereichern auf der Basis der Gleichheit und mit voller gegenseitiger Respektierung der Unterschiede der jeweiligen sozialen Systeme und der internationalen Stellung des anderen.

Präsident Carter lud den Präsidenten der SFRJ zu einem Besuch der Vereinigten Staaten ein, und die Einladung wurde mit Freude angenommen.

+ + + + +

PRESSEERKLÄRUNG DER SPANISCHEN REGIERUNG ZUM BESUCH CARTERS

MADRID - (AD) - Die spanische Regierung hat am 26. Juni 1980 eine Presseerklärung zum Besuch den amerikanischen Präsidenten veröffentlicht, die die Ansichten beider Regierungen widerspiegelt.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Auf Einladung seiner Majestät, König Juan Carlos, stattete Jimmy Carter, der Präsident der Vereinigten Staaten, Spanien vom 24. - 26. Juni einen offiziellen Besuch ab.

Im Verlauf dieses Besuchs führte der Präsident der Vereinigten Staaten Gespräche mit Seiner Majestät dem König. Präsident Carter traf auch mit dem Präsidenten der Regierung, Herm Suarez, und mit Mitgliedern der spanischen Regierung zusammen.

Präsident

Präsident Carters Besuch ist der erste eines Präsidenten der Vereinigten Staaten im demokratischen Spanien. Durch die Annahme der Einladung des spanischen Königs erwidert der Präsident die Besuche Seiner Majestät und des Präsidenten der spanischen Regierung in seinem Land.

Im Verlauf der Gespräche zwischen Präsident Carter und Seiner Majestät wurde mit Befriedigung das hervorragende Niveau der engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sowie die harmonisierenden Ansichten hinsichtlich einer ganzen Reihe außenpolitischer Themen festgestellt.

Die beiden Staatschefs brachten ihre Bedenken hinsichtlich der in verschiedenen Teilen der Welt bestehenden Spannungen zum Ausdruck und unterstrichen ihren Wunsch und ihre Absicht, in angemessener Weise zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in diesen Regionen beizutragen.

Präsident Carter gratulierte Seiner Majestät zu der günstigen Entwicklung des spanischen Demokratisierungsprozesses, der die aufrichtige Unterstützung der gesamten freien Welt verdient hat, sowie zu Spaniens Rückkehr zu seinem ihm angemessenen Platz im Zusammenspiel der Nationen. Was sie anbelangte, so brachte die spanische Seite ihre Wertschätzung für die von den Vereinigten Staaten zur Unterstützung der Menschenrechte und der Sache des Friedens geleistete Arbeit zum Ausdruck.

Die internationale Lage - insbesondere die Krisen im Iran und Afghanistan und die Lage im Nahen Osten sowie die bilateralen Beziehungen - wurden beim Treffen von Präsident Carter mit dem Präsidenten der spanischen Regierung, Herrn Suarez, erörtert. Im Verlauf dieser Gespräche, die im Rahmen der zwischen westlichen Führungen stattfindenden Konsultationen und Kontakte abgehalten wurden, wurde erneut deutlich, daß die westliche Solidarität eines der Grundprinzipien der Außenpolitik des demokratischen Spanien darstellt und daß Spanien seine Anstrengungen denen der anderen

anderen Worten: wir brauchen mehr Wachstum bei weniger Energie, durch Einsparung und durch Verringerung vor allem beim Ölimport. Das eine Wort, das alle Gespräche durchzog, war Erdöl. Der Geruch ausländischen Öls hat auf alle unsere Staaten eine tiefgreifende Wirkung. Es ist offensichtlich, daß unsere übermäßige Abhängigkeit von ausländischem Öl uns unsere grundlegende Sicherheit raubt - nämlich das Recht, unsere eigenen Entscheidungen zu treffen. Der Preis des Öls schwächt nicht nur uns und bringt zusätzliche Inflation und somit Arbeitslosigkeit; für die weniger entwickelten und armen Länder und ihre Aussichten sind die neuen, rasch steigenden exzessiven Ölpreise besonders schädlich. Die Erdölpolitik verändert buchstäblich das gesamte Beziehungsgeflecht zwischen den Staaten. Wir müssen uns diesem Problem vereint und, wann immer möglich, kooperativ stellen und der Herausforderung an Sicherheit und Gewißheit unserer Zukunft entgegentreten, die durch die rasch steigenden und unkontrollierbaren Ölpreise und unser aller übermäßige Abhängigkeit von Erdöleinfuhren hervorgerufen wird.

Schließlich gab es ausführliche politische Gespräche. Wir waren uns einig in unserer Verpflichtung und in unseren Erklärungen an die Öffentlichkeit, daß durch die Sowjetunion mit ihrer ungerechtfertigten Invasion und gegenwärtigen Besetzung Afghanistans eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens entstanden ist. Wir brachten unsere Bewunderung für die Freiheitskämpfer in Afghanistan zum Ausdruck, die um nationale Befreiung von der sowjetischen Besatzungsmacht ringen. Wir waren alle einer Meinung, daß diese ernste Bedrohung durch den Abzug der sowjetischen Truppen, durch den völligen Abzug, beseitigt werden muß. Das derzeitige Anzeichen eines Rückzugs hat nur eine relativ geringe strategische Bedeutung, solange er nicht für immer ist und ihm nicht ein schrittweiser Rückzug aller sowjetischen Streitkräfte folgt.

Schließlich brachten alle Staaten uns gegenüber ihre Verpflichtung zum Ausdruck, die iranische Regierung so rasch wie möglich darauf zu drängen,

drängen, den Akt internationalen Terrorismus zu beenden, der dort gegen 53 unschuldige Amerikaner, gegen unsere Nation und zugleich gegen den Rest der Welt verübt wurde. Dieses Festhalten unschuldiger Geiseln ist unannehmbar. Es verletzt alle Prinzipien des Völkerrechts und des menschlichen Anstandes. Alle diese Staaten haben sich uns gegenüber erneut dazu verpflichtet, alles zu tun, was immer sie nur können, um durch private diplomatische Kanäle und durch ihre öffentlichen Erklärungen und Schritte die rasche Freilassung der amerikanischen Geiseln zu erreichen.

Schließlich erkennen wir an, daß es unter demokratischen Staaten und freien Völkern einige Unterschiede geben muß. Aber das gemeinsame Verständnis, das wir haben, und die Übereinkommen, die wir erzielten, zeigen ein bemerkenswertes Maß an Einheit, während wir uns den derzeitigen Problemen stellen und uns auf die Zukunft vorbereiten. Das Beste an dieser Reise ist die Heimkehr. Wir freuen uns, wieder zurück zu sein in den Vereinigten Staaten von Amerika, der mit Abstand größten Nation auf Erden. Vielen Dank.

+ + + + +

CARTER-INTERVIEW MIT DER SPANISCHEN NACHRICHTENAGENTUR EFE

Präsident Jimmy Carter gewährte kurz vor Antritt seiner Europa-Reise der spanischen Nachrichtenagentur EFE ein Interview, das am Abend des 24. Juni zur Veröffentlichung freigegeben war. Es hat folgenden Wortlaut:

FRAGE: Die spanische Demokratie besteht fort und das spanische Volk wünscht sich deren Konsolidierung dringend. Wie bewertet Ihre Administration die Rolle seiner Majestät in der demokratischen Entwicklung in Spanien? Und wie die der politischen Kräfte?

ANTWORT: Wir in Amerika teilen den Wunsch des spanischen Volkes, daß die Demokratie blühen und gedeihen möge. Eine echte Demokratie befreit ihre Bürger, ihr Bestes zu leisten und um die Erfüllung höchster Normen durch ihre Regierung zu fordern.

Sicherlich

Sicherlich war, wie Sie schon andeuteten, die Rolle Seiner Majestät des Königs von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Demokratie in Spanien. Ich, der ich aus einem Volk mit lebendigen demokratischen Traditionen komme, weiß aber auch zu schätzen, welche entscheidende Rolle verantwortungsbewußte politische Parteien in der Position der Führung als auch in der der Opposition bei der Entwicklung und Aufrechterhaltung einer lebensfähigen und aktiven Demokratie spielen.

Am wichtigsten ist selbstverständlich die Entschlossenheit des Volkes eines Landes, sich seine freien Institutionen zu bewahren. Dies ist ein kontinuierlicher Prozeß - in Spanien ein Prozeß zudem, dessen Verlauf unsere Regierung und unser Volk mit großer Bewunderung und Unterstützung verfolgen.

FRAGE: Herr Präsident, können Sie uns einige generelle Dinge zu Ihrer bevorstehenden Reise in mehrere Mittelmeerländer Europas sagen? Was steht auf Ihrer Tagesordnung?

ANTWORT: Der eigentliche Zweck ist natürlich die Teilnahme am jährlichen Wirtschaftsgipfeltreffen, das dieses Jahr in Italien stattfindet. Als ich mir die Reisepläne näher ansah, schien mir die Gelegenheit gekommen, die großzügigen Einladungen durch die Regierungen von Spanien, Portugal und Jugoslawien anzunehmen und diesen Mittelmeerstaaten einen Besuch abzustatten.

Diese Besuche werden, auch wenn sie nicht so lange dauern wie ich es gerne hätte, mir Gelegenheit bieten, einen Meinungsaustausch über eine ganze Reihe von Themen zu pflegen - und dies zu einer Zeit, in der die Konsultationen und Zusammenarbeit mit guten Freunden nicht nur wünschenswert, sondern dringend geboten erscheinen.

Es

Es gab in den letzten Monaten kritische Entwicklungen, die unsere Völker und Bürger berühren. Die sowjetische Invasion Afghanistans hat strategische Auswirkungen für das Wohlergehen aller Länder, die den Frieden und die Unabhängigkeit schätzen. Die Inhaftierung von Geiseln im Iran widerspricht international akzeptierten Regeln des zivilisierten Verhaltens unter Völkern. Wir werden Fragen der europäischen Verteidigung und Sicherheit, sowie andere regionale und bilaterale Probleme miteinander erörtern. Kurz gesagt, die Tagesordnung ist voll.

Darüber hinaus bin ich erfreut, daß sich eine Gelegenheit für mich ergibt, die Bewunderung und die Unterstützung Amerikas und der Amerikaner, von denen so viele spanischen Ursprungs sind, für Spaniens historischen Übergang zur demokratischen Staatsform zum Ausdruck zu bringen. Diese Entwicklung - eine der ermutigendsten politischen Entwicklungen in unserer Generation - wird mit Reife und Einfühlungsvermögen vollzogen.

Ich sehe dem abermaligen Zusammentreffen mit Seiner Majestät, dem König, und mit Präsident Suarez - die im Weißen Haus zu empfangen ich die Ehre hatte - sowie mit anderen spanischen Regierungsvertretern und Bürgern mit großer Freude entgegen.

Um dem noch ein persönliches Wort hinzuzufügen: Meine Frau und ich haben unser ganzes bisheriges Leben hindurch Achtung für spanische Lebensart und Kultur empfunden, und wir begrüßen die Gelegenheit, Spanien selbst zu besuchen.

FRAGE: Herr Präsident, wie beurteilen Sie die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien im gegenwärtigen Augenblick und wie sehen Sie Spaniens Rolle in Europa und in der westlichen Welt?

ANTWORT: Die Beziehungen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten sind besser als zu jedem anderen Zeitpunkt der jüngeren Geschichte. Als

Als Demokratien mit gemeinsamen Interessen und Vorstellungen stehen unsere beiden Länder häufig miteinander in Konsultationen über Herausforderungen, vor die sich die Welt heute gestellt sieht. Wir arbeiten auf vielen Gebieten zusammen - auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Und unsere Zusammenarbeit hat sich seit Errichtung der Demokratie in Spanien intensiviert. Der erfreuliche Geist der Freundschaft gibt den Ton an für meinen Besuch in Spanien.

Hinzu kommt, daß wir durch Bande der Familie und Kultur miteinander verbunden sind. Spanier aus allen Landesteilen, die ihres Lebensunterhaltes wegen nach den Vereinigten Staaten gekommen sind, haben unsere Gesellschaft auf unermeßliche Art und Weise bereichert.

Spanien ist zudem ein integraler und wichtiger Teil Europas und der westlichen Welt. Dank einer reichen Geschichte und Kultur konnte Spanien viel zu unserer Kultur und Zivilisation beitragen. Als eine junge und lebensvolle Demokratie hat es noch weit mehr zu geben. Das ist eine Rolle, die wir in den Vereinigten Staaten begrüßen und der wir unseren Beifall zollen. Wir freuen uns auf die verstärkte Zusammenarbeit mit Spanien auf vielen Gebieten, auf denen wir den Herausforderungen unserer gemeinsamen Interessen gemeinsam begegnen können.

FRAGE: Wegen seiner historischen Bindungen fühlt sich Spanien auf spezifische Weise mit den arabischen und mediterranen Ländern verknüpft. Können Sie zu diesen Bindungen und ähnlichen Banden Spaniens zu Lateinamerika Stellung nehmen?

ANTWORT: Auch wenn Spanien geographisch und politisch Teil Europas ist, besitzt es nichtsdestoweniger ein einzigartiges Verständnis für die arabische und mediterrane Welt. Die vielschichtigen Gründe hierfür sind in seiner Geschichte und Geographie verwurzelt. Das hieraus resultierende Erbe vermittelt Spanien besondere Einsichten in die arabische Welt. Wir

Wir haben diese Tatsache begriffen, und wissen die Art und Weise zu schätzen, in der sie Spaniens wachsende institutionelle Beziehungen zum Westen ergänzt.

Aus tiefen historischen Gründen hat Spanien besondere Beziehungen auch zu den Ländern Lateinamerikas - woraus ihm eine Rolle erwächst, die die Vereinigten Staaten sehr begrüßen. Spaniens Interesse an den Verhältnissen in Lateinamerika, wie es in seiner Beteiligung am Anden-Pakt zum Ausdruck kommt, stellt eine heilsame Entwicklung dar. Spanien muß im modernen Lateinamerika eine wichtige Rolle spielen - als historische Quelle kultureller Energien und zeitgenössisches Beispiel für den demokratischen Lebenswillen.

FRAGE: Die nächste Gesprächsrunde zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wird im kommenden Herbst in Madrid stattfinden. Sind die Vereinigten Staaten dafür, daß diese Gespräche stattfinden wie geplant? Wie sehen Sie die Aussichten für diese Konferenz generell?

ANTWORT: Auch wenn die sowjetische Invasion Afghanistans das Klima der Ost-West-Beziehungen schwer geschädigt hat, liegt die Madrider KSZE-Folgekonferenz meiner Auffassung nach im Interesse aller Signatarstaaten der Schlußakte von Helsinki, einschließlich der Vereinigten Staaten. Wir sind dafür, daß wir voranschreiten wie geplant.

Die Vereinigten Staaten - und andere Länder - werden die KSZE-Tagung zum Anlaß nehmen, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wie gut oder wie schlecht die einzelnen Signatarstaaten ihren Verpflichtungen in der Zeit nach dem Gipfel von Helsinki im Jahre 1975 nachgekommen sind. Diese Bestandsaufnahme ist besonders wichtig, was die Menschenrechte und die humanitären Bestimmungen der Schlußakte angeht, bezüglich derer es zu ernsthaften Versäumnissen einiger Länder in der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen gekommen ist.

Darüber

Darüber hinaus bietet uns die Madrider Tagung die Chance, weitere Maßnahmen für die Verbesserung der Verwirklichung der Schlußakte durch ausgewogene Fortschritte auf allen von ihr berührten wichtigen Gebieten zu vereinbaren. Schließlich sollte diese Tagung sicherstellen, daß der Prozeß von Helsinki durch reguläre künftige Folgetagungen der Art, wie sie für Madrid geplant ist, weitergeführt wird.

FRAGE: Welches ist die derzeitige Politik Ihrer Administration gegenüber den lateinamerikanischen Ländern?

ANTWORT: Meine Regierung hat sich von Anfang an von der Überzeugung leiten lassen, daß Lateinamerika eine wichtige weltweite Rolle spielt. Die nationalen Hoffnungen und Wünsche einzelner lateinamerikanischer und karibischer Länder in bezug auf ihre Unabhängigkeit, ihr Selbstverständnis und ihre wirtschaftliche Entwicklung sind wichtig - sowohl für die Dritte Welt als auch für den Westen und insbesondere für Länder wie Spanien und die Vereinigten Staaten, die mit ihnen durch zahlreiche persönliche und historische Bindungen verknüpft sind.

Die amerikanische Politik erstrebt Beziehungen, die diese Traditionen, diese Hoffnungen und Wünsche und dieses Potential bejahen. Wir halten einen fortgesetzten Dialog aufrecht, der ihren Interessen und unseren eine ausgewogene Behandlung sichert. Ich habe die Notwendigkeit engerer direkter Verbindungen von Volk zu Volk herausgestellt, die auf den grundlegenden Werten unserer gemeinsamen Kultur beruhen und uns in die Lage versetzen, uns die Gelegenheit zunutze zu machen, noch engere und ausgewogenere Beziehungen zu knüpfen. Ich fühle mich ermutigt durch die zunehmende Achtung vor den Menschenrechten in den meisten lateinamerikanischen Ländern und deren Trend zur Demokratie. Wir Amerikaner befürworten dieses Verhalten nachdrücklich.

FRAGE:

FRAGE: Verdient die derzeitige Situation in Mittelamerika und im karibischen Raum irgendwelche besondere Überlegungen seitens Ihrer Administration?

ANTWORT: Selbstverständlich ja. Die Lage in der Karibik verändert sich rasch, und das gilt auch für die Struktur der Beziehungen zwischen den Nationen dieses Raumes und dem Westen. Wir sind der Auffassung, daß die Herausforderung, vor die wir uns hier gestellt sehen, nicht darin besteht, uns diesen Veränderungen - von denen die meisten natürlich unausweichbar sind - zu widersetzen, sondern sie auf neue und konstruktive Art und Weise zu fördern.

Gemeinsam mit anderen Ländern sind wir bestrebt

- die gemäßigten und demokratischen Kräfte innerhalb dieses gesamten Gebietes zu ermutigen;
- die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und eine gerechte Verteilung des Wohlstands zu erreichen;
- die Beachtung international anerkannter Normen in bezug auf die Menschenrechte durchzusetzen;
- den Prozeß der regionalen Zusammenarbeit zu erneuern; und
- die Sicherheit vor Aggression von außen zu gewährleisten.

Wir gewähren Nicaragua Unterstützung, um dem Lande zu helfen, sich von einem vernichtenden Bürgerkrieg zu erholen, und um zur Evolution eines pluralistischen und wahrhaft unabhängigen Nicaragua zu ermutigen.

In

In El Salvador führt eine christlich-demokratische Militärregierung eine Reform des Bodenbesitzes und des Bankwesens durch, die ohne Beispiel ist. Aus diesem Grund glauben wir, daß diese Regierung die beste Gewähr für ein maßvolles, demokratisches Ergebnis bietet. Wir unterstützen sie und wir glauben, daß sie die wirtschaftliche und politische Hilfe auch der Westeuropäer verdient.

Die friedliche und demokratische Evolution dieser und anderer Länder am Rande des karibischen Meeres ist der einzige Weg zur Schaffung von lebensfähigen Demokratien in diesem wichtigen Raum. Das ist der Weg, den wir befürworten - der Weg aber auch, den Kuba auf vielfältige Art und Weise und häufig mit Gewalt zu versperren trachtet. Wie in Spanien, so unterstützen die Vereinigten Staaten auch in der Karibik die Stärkung der Demokratie, die unsere Zustimmung findet.

+ + + + +

31

2. Juli 1980

CARTERS TISCHREDE AUF DEM STAATSBANKETT IN MADRID

MADRID - (AD) - Auf einem Staatsbankett, das zu Ehren des amerikanischen Präsidenten am 25. Juni vom spanischen König Juan Carlos in dessen Palast in Madrid gegeben wurde, hielt Jimmy Carter folgende Tischrede:

Majestäten, Herr Präsident, Freunde Spaniens und der Vereinigten Staaten:

Es ist dies ein großer Augenblick für mich - hier zu sein und Ihnen und Ihrem Volk die besten Wünsche der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika zu überbringen. Es ist für mich ein ganz besonderes Vergnügen wegen meines großen persönlichen Interesses an Ihrer Sprache und Kultur.

Vor 400 Jahren war Spanien die Supermacht der westlichen Welt und der Spanier jener Tage hinterließ die Legende des Weitblicks und des Mutes, die zu keiner Zeit vergessen wurde. In diesem Goldenen Zeitalter lehrten Maler wie El Greco und Velasquez, Schriftsteller wie Cervantes und Lope

Lope de Vega die Welt ein neues Sehen und neues Fühlen. Die spanischen Entdecker waren die Astronauten ihrer Zeit, die mit Tapferkeit in neue Welten von unvorhergesehener Gefahr und Schwierigkeit eindringen. Wir alle zogen Nutzen aus dieser Größe Spaniens.

Mein eigener Staat Georgia war zu Beginn ein kleiner Vorposten des spanischen Weltreichs. Der erste Europäer, der seinen Fuß darauf setzte, war im Jahr 1540 Hernando de Soto. Georgia war viel länger spanische Kolonie als englische Kolonie.

Ich spreche von dem historischen Einfluß Spaniens deshalb, weil es so offenkundig ist, daß Spaniens Mut und Größe noch heute vorherrschen. In wenig mehr als vier Jahren haben Sie eine kräftige, blühende Demokratie geschaffen, mit Achtung vor den Menschenrechten, den Freiheiten des Einzelmenschen und der Redefreiheit.

Die Aufgabe war nicht einfach. Sie mußten sich mit der weltweiten Rezession auseinandersetzen, mit gewaltigen Kostenanstiegen bei der Energie sowie mit althergebrachten und manchmal spaltenden Herausforderungen im Inneren. Und dennoch ist es Ihnen auf hervorragende Weise gelungen, die alten Institutionen zu erneuern und neue zu schaffen.

Der Aufbau der spanischen Demokratie war für die gesamte westliche Welt ein stärkendes Mittel. Spanien widerlegt die falsche Behauptung, daß die Bewegung der Geschichte unabänderlich hin zum Autoritarismus führe; daher ist Spanien eine Quelle der Hoffnung und der Inspiration für alle anderen Demokratien. Die Erfahrung Spaniens gewährt Lektionen über Entschlossenheit, Mäßigung und Selbstkontrolle, Lektionen für andere Demokratien und für junge Länder in der Dritten Welt, die ihre Freiheit gefunden haben und jetzt nach Modellen suchen, denen sie bei der Gestaltung ihrer eigenen Gesellschaften folgen können.

In

In den vergangenen vier Jahren hat sich Spanien auch einen Platz der Führung in dieser Welt errungen. Immer wieder haben Ihre Minister klargestellt, daß Spanien an der Seite der anderen westlichen Demokratien steht, als kommendes Mitglied der Europäischen und der Atlantischen Gemeinschaft. Wir sind erfreut darüber, daß Sie mit den Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft begonnen haben, denn wir sind der Meinung, daß Spaniens Beitritt die Gemeinschaft stärken wird - genauso wie die Gemeinschaft Europa stärkt.

Desgleichen hoffen wir, daß Spanien seinen eigenen Interessen durch Teilnahme an der kollektiven Verteidigung des Westens gedient sieht. Gleichwohl anerkennen wir völlig, daß dies eine Entscheidung ist, die einzig und ausschließlich durch Spanien getroffen werden muß, zu seiner Zeit und auf seine Weise. Unsere Nation wird Ihre Entscheidung, ist sie einmal getroffen, voll unterstützen.

Zusätzlich hierzu teilen sich unsere beiden Länder in eine bilaterale Sicherheitspartnerschaft, die sich auf wichtige gemeinsame Interessen gründet. Wir werden in diesem Jahr mit einer Überprüfung dieser Partnerschaft beginnen, die den Interessen unserer beiden Länder gut gedient hat und die auch weiterhin den gemeinsamen Interessen noch viele Jahre lang dienen wird.

Auch unsere bedeutenden Wirtschaftsbeziehungen verbinden unsere Völker. Führende amerikanische Geschäftsleute haben ihren Glauben in die Zukunft Spaniens durch ein hohes Maß an Investitionen zum Ausdruck gebracht, die sie in den letzten Jahren hier getätigt haben. Exporteure aus beiden Staaten betrachten das andere Land als wichtigen Markt für ihre Produkte. Ganz außer Zweifel ist, daß die wachsende Wirtschaftsbeziehung für beide Länder von sehr großem Nutzen ist.

Spaniens

Spaniens Bedenken hinsichtlich der Energieversorgung wird voll von den Vereinigten Staaten geteilt. Wie Sie wissen, kam ich ins Amt zu einer Zeit, als das amerikanische Volk noch weitgehend glaubte, Öl sei ein unerschöpflicher Rohstoff. Das zentrale Drama des amerikanischen öffentlichen Lebens in den letzten vier Jahren war der Kampf um die Änderung dieser Haltung und des anschließenden Aufbaus einer lebensfähigen Energiepolitik. Dieser Kampf geht weiter, aber die Grundlagen einer solchen Energiepolitik sind jetzt nahezu vorhanden. Das ist nicht nur für die Zukunft meines eigenen Landes von entscheidender Bedeutung, sondern auch für das umfassendere Geflecht der Beziehungen, dem unsere beiden Länder angehören.

Unsere beiden Länder teilen auch ein starkes Interesse an der demokratischen Entwicklung und an der Achtung vor den Menschenrechten in anderen Teilen der Welt. Wir haben beide in Lateinamerika besondere Bindungen. Ich schätze die Unterstützung und den klugen Rat, den wir oft von Spanien bei schwierigen und häufig kritischen Situationen in Lateinamerika und der Karibik erhalten haben. Wir schätzen auch die engen Konsultationen, die es zwischen uns gegeben hat und den Beistand, den Sie uns bei der Geiselkrise im Iran und anderen Aspekten dieser heiklen Situation geleistet haben. Im Nahen Osten und Teilen Afrikas können wir auf weitere Zusammenarbeit rechnen, die besonders wertvoll wegen Ihrer aus der Geschichte gewonnenen Kenntnis der islamischen Welt ist.

Die Vereinigten Staaten haben besonderen Grund, dem Hervortreten Spaniens als wichtigem Partner bei den noch nicht gelösten Aufgaben des Friedens Beifall zu zollen. Seine kulturellen und historischen Verbindungen zu so vielen Gebieten der Welt befähigen es, eine Brücke zu bilden zwischen der Dritten Welt und dem Westen. Das ist besonders wichtig, wenn wir an die Probleme des neuen Jahrzehnts herangehen, die in vieler Hinsicht schwieriger und gefährlicher sein werden als alle,

alle, die wir bis dahin überwunden haben.

Heute sieht sich der Westen einer strategischen Herausforderung von historischer Größenordnung gegenüber. Von 1945 bis zur Mitte der fünfziger Jahre haben wir dem sowjetischen Expansionsdrang nach West und Ost Widerstand geboten. Heute stößt die Sowjetunion nach Süden vor, direkt in Afghanistan, indirekt durch Vietnam und Kambodscha und an anderen Stellen durch ausländische Helfershelfer. Die Herausforderung ist klar und klar ist auch die Frage, die sich für unsere demokratischen Institutionen stellt: Lassen wir es zu, daß die Aggression ungestraft voranschreitet oder leisten wir diesem Vordringen, das unser gemeinsames lebenswichtiges Interesse betrifft, Widerstand? Es gibt nach meiner Ansicht keinen Zweifel darüber, welchen Standpunkt unsere beiden Länder gegenüber dieser Frage einnehmen.

Das erfreuliche Wiedererstarren des spanischen Einflusses in der ganzen Welt ist eine wichtige Quelle der Zuversicht, mit der der Westen an das schwierige kommende Jahrzehnt herangehen kann. Die Stärke und Vitalität, der ich hier begegnet bin, sind ein Zeugnis für Spaniens eigenes sicheres Gefühl für seine Zukunft und für die Richtung, die es frei gewählt hat - zur Demokratie, zur Vielfalt und zur unbehinderten Ausübung der Kräfte des menschlichen Geistes.

Majestät, ich möchte mein Glas erheben:

- auf Sie, auf Ihre liebevolle Königin, auf Ihren Präsidenten und alle führenden Männer der Regierung und der demokratischen Opposition, die mitgeholfen haben, die spanische Demokratie aufzubauen - vor allem aber auf das spanische Volk, dessen Geist den Hauptanteil an den Erfolgen der vergangenen letzten Jahre trägt. Viva Espana!

+ + + + +

CARTER-INTERVIEW MIT DER PORTUGIESISCHEN NACHRICHTENAGENTUR ANOP

Präsident Jimmy Carter hat vor Antritt seiner Europareise der portugiesischen Nachrichtenagentur ANOP ein Interview gegeben, das am Abend des 25. Juni 1980 zur Veröffentlichung freigegeben war. Es hat folgenden Wortlaut:

FRAGE: Herr Präsident, Sie haben seit einiger Zeit keine Auslandsreise mehr unternommen, abgesehen von Ihrer Teilnahme am Gipfeltreffen in Venedig. Was hat Sie zu Ihren Besuchen in Jugoslawien, Spanien und Portugal veranlaßt, und was erhoffen Sie sich von ihnen?

ANTWORT: Die Besuche, die ich europäischen Staaten im Anschluß an den Wirtschaftsgipfel in Venedig mache, bringen mich zu offenen Gesprächen mit Freunden und Verbündeten in einer Zeit ernsthafter Herausforderungen gemeinsamer Interessen zusammen. Diese Herausforderungen sind bekannt und ernst: Die Krise im Iran und in Afghanistan, die Suche nach Frieden

Frieden im Nahen Osten, die Frage der Energieabhängigkeit der industrialisierten Welt und das Verlangen der Entwicklungsländer nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Gründliche Erörterungen dieser und anderer Angelegenheiten sind nicht nur notwendig, sie dienen dem Bemühen, enge Beziehungen noch enger zu gestalten und einen Konsensus bezüglich gewisser Vorstellungen und Auffassungen zustandezubringen.

In diesem Gesamtzusammenhang messe ich meinem Besuch in Portugal besondere Bedeutung bei. Was mich persönlich angeht, freue ich mich sehr über die Gelegenheit, nach Lissabon zu kommen und eine Hauptstadt zu besuchen, die zu besuchen kein amerikanischer Präsident seit 1960 den Vorzug hatte. Darüber hinaus bin ich darauf bedacht, meinen Aufenthalt in Portugal dazu zu benutzen, der tiefen Bewunderung Ausdruck zu geben, die ich und die Amerikaner im allgemeinen für den bemerkenswerten Übergang Ihres Landes zur Demokratie hegen. Ihre Erfahrung und auch die Spaniens widerlegen jene Pessimisten, die behaupten, die Demokratie rund um den Erdball im Rückzug zu sehen. Sie bestärken alle jene, die sich der Achtung der Freiheit und Würde des einzelnen als dem sichersten Weg zu sozialen und politischen Fortschritten verschrieben haben. Über den Wunsch hinaus, Ihrem Vorbild Tribut zu zollen, freue ich mich auch auf die Konsultationen mit führenden Politikern Portugals, die den Übergang zur Demokratie mit so viel Geschick und Klugheit bewerkstelligt haben.

Das freimütige Eintreten der portugiesischen Regierung für die Normen des Völkerrechts und des zivilisierten Verhaltens gegenüber jenen, die diese Normen in Iran und in Afghanistan verletzen, hat die Grundlage geschaffen, auf der wir in dem Bemühen, diese Krisen zu bewältigen, auch weiterhin zusammenarbeiten können. Portugals anhaltende Verbindungen zu den portugiesisch sprechenden Teilen Afrikas verschaffen mir darüber hinaus wertvolle Einblicke, was die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in bezug auf die dringende Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung jenes Kontinents angeht.

Obgleich

Ogleich die Zeit sehr kurz bemessen ist, gibt es viel zu besprechen, viel zu tun und viel zu gewinnen, wenn wir miteinander sprechen und zusammenarbeiten.

FRAGE: Herr Präsident, wie Sie wissen, besteht in Portugal nach wie vor ein starkes Interesse an den Entwicklungen in Afrika (insbesondere in unseren ehemaligen Kolonien) und an unseren Verpflichtungen gegenüber dem Atlantischen Bündnis. Können Sie uns angesichts der Tatsache, daß viele internationale Krisengebiete heute außerhalb des traditionellen Bereichs regionaler Besorgnisse der NATO liegen, einen Kommentar zu den Vorteilen geben, die sich für die NATO aus einer eher weltweiten Strategie ergeben werden?

ANTWORT: Die NATO wurde 1949 in Erwiderung auf das gegründet, was man damals als eine weithin sichtbare Bedrohung ansah: den militärischen Aufbau der Sowjetunion in Osteuropa und deren Pläne in Westeuropa. Dreißig Jahre lang hat unser Bündnis allen expansionistischen Bedrohungen des Bereichs des NATO-Vertrags widerstanden.

Die ganzen Jahre hindurch aber mußten unsere Völker über den eigentlichen NATO-Bereich hinausgreifend auf sowjetische Aktionen in anderen Gebieten der Erde und deren potentielle Auswirkungen auf die europäische Sicherheit achten. Diesbezügliche Sorgen haben sich innerhalb der Geschichte des Bündnisses wiederholt ergeben. So brachte beispielsweise im Juni 1974 die Erklärung des Nordatlantikrats von Ottawa - die im weiteren Verlauf jenes Monats von den Staatschefs in Brüssel gebilligt wurde -, klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Interessen des Bündnisses auch von Ereignissen in anderen Gebieten der Erde berührt werden können.

Die sowjetische Invasion Afghanistans hat diese Realität stärker in den Vordergrund treten lassen als jedes andere Ereignis der jüngeren Zeit. Die Invasion, wiewohl sie außerhalb des Vertragsgebietes der NATO

NATO stattfand, berührt die Ost-West-Beziehungen insofern, als sie eine Bedrohung für Südwestasien und den Persischen Golf darstellt - eines Gebietes, das für die Sicherheit des gesamten westlichen Bündnisses von lebenswichtiger Bedeutung ist.

Diese neue Herausforderung für den Frieden ist so geartet, daß ihr die NATO als ein Atlantisches Bündnis am besten dergestalt entgegentritt, daß sie ihre eigentliche und primäre Mission erfüllt: Europa zu verteidigen. NATO-Mitgliedstaaten und unsere übrigen Freunde und Verbündeten aber müssen ihrerseits bereit sein, als Partner für Frieden und Sicherheit gemäß ihren jeweiligen Fähigkeiten zu kooperativen Sicherheitsbemühungen auch in anderen Teilen der Welt beizutragen. Die beste Methode, den Frieden zu erhalten, besteht darin, jeder Aggression entschlossen entgegenzutreten.

FRAGE: Wie beurteilen die Vereinigten Staaten die demokratische Entwicklung auf der iberischen Halbinsel und insbesondere in Portugal? In welchem Maße stärken diese Entwicklungen die Sicherheits- und Verteidigungsrolle unseres Landes innerhalb der NATO-Struktur?

ANTWORT: Die Entwicklung der Demokratie in den iberischen Staaten stärkt die Aussichten auf dauerhafte Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt sowohl in Spanien als auch in Portugal. Wir wurden Zeuge, wie sich beide Länder neue Verfassungen mit weitgehenden Schutzbestimmungen für die Menschenrechte gaben, die die öffentliche Meinung befähigen, ihre entscheidende politische Rolle zu spielen.

In Spanien erreichte der Übergang zur Demokratie im Dezember 1978 einen wichtigen Meilenstein, als das spanische Volk eine neue Verfassung annahm, die eine konstitutionelle Monarchie mit einem souveränen Parlament errichtete, dem der Präsident verantwortlich ist. Kaum vier Jahre nach Francos Tod wurde das Nationale Parlament zum zweiten Mal gewählt und

und konnten frei gewählte Stadtverwaltungen ihre Amtsgeschäfte zum ersten Mal in vielen Jahren antreten.

Portugals politische Entwicklung seit der Revolution vom 25. April 1974 verlief ebenso bewundernswert. Ich bin beeindruckt von dem Tempo, mit dem sich das portugiesische Volk von den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der vorausgegangenen Jahre erholt hat. Eine Verfassung geschaffen zu haben, die den Menschenrechten soviel Aufmerksamkeit widmet wie diese, ist ein gutes Omen für die Zukunft der Demokratie in Portugal. Der ständige beharrliche Fortschritt in Richtung auf größere politische Stabilität bereitet den Boden für erhebliche wirtschaftliche und soziale Fortschritte in den künftigen Jahren.

Die Errichtung demokratischer Institutionen hat natürlich die Entwicklung Portugals zu einem geachteten Mitglied der NATO beschleunigt. Das Verhalten des portugiesischen Volkes während der letzten Jahre hat Portugals Ansehen und Stimme in der Gemeinschaft der atlantischen Völker gestärkt. In Würdigung der wichtigen Rolle Portugals innerhalb des Bündnisses tragen die Vereinigten Staaten in beträchtlichem Ausmaß zur Ausrüstung der portugiesischen Armee und Luftstreitkräfte bei. Wir arbeiten gemeinsam mit den anderen Verbündeten innerhalb der NATO daran, eine Gewähr für deren anhaltenden wirksamen Beitrag zur Modernisierung der portugiesischen Streitkräfte im Interesse der gemeinsamen NATO-Verteidigung zu gewährleisten.

FRAGE: Was planen Sie im Lichte der derzeitigen Situation als künftige amerikanische Schritte zur Sicherstellung der Freilassung der amerikanischen Geiseln in Teheran? Inwieweit bedroht die Situation in Südwestasien (im Iran und in Afghanistan) den Weltfrieden?

ANTWORT: Das Festhalten von Diplomaten als Geiseln durch den Iran verletzt alle Normen des Völkerrechts und des zivilisierten Verhaltens. Während wir damit fortfahren, eine Vielfalt diplomatischer Kanäle zur

zur Gewährleistung der sicheren Freigabe unserer Bürger verfolgen, suchen wir dem Iran durch wirtschaftlichen Maßnahmen, die wir gemeinsam mit unseren Verbündeten und anderen Nationen ergriffen haben, die greifbaren Kosten eines solchen verantwortungslosen Verhaltens klarzumachen. Wenn die führenden Politiker des Iran tatsächlich das Interesse des iranischen Volkes und das Wohlergehen ihrer Bürger als ihr erstes Ziel ansehen, dann bin ich sicher, daß sich hieraus die Freigabe der Geiseln ergeben wird.

Aber selbst wenn wir von der Geiselfrage einmal absehen, schafft die mangelnde Stabilität im Iran eine unsichere Situation in einem turbulenten und wichtigen Gebiet. Die brutale Invasion Afghanistans durch die Sowjets bedroht das strategische Gleichgewicht in diesem kritischen Raum. Die Maßnahmen, die unsere Verbündeten gemeinsam mit Dutzenden anderer Länder ergriffen haben, dienen dem Zweck, der Sowjetunion vor Augen zu führen, daß ihre Aggression - und für deren Vorgehen gibt es kein anderes Wort - nicht ungestraft bleiben wird. Gewiß werden unsere Sorgen um die Sicherheit in Südwestasien und im Gebiet des Persischen Golfes einen großen Raum in meinen Gesprächen mit Präsident Eanes und Ministerpräsident Sa Carneiro einnehmen. Portugals prinzipielle Antwort auf die Krise im Iran und in Afghanistan war ebenso willkommen wie mutig. Die Krise aber dauert an, und wir werden viel darüber zu sprechen haben.

FRAGE: Welche Aspekte der amerikanischen Diplomatie in Afrika bieten Ihrer Meinung nach die beste Chance, dem langfristigen Einfluß der Sowjets beziehungsweise dem Einfluß ihrer Handlanger auf den Kontinent entgegenzu wirken?

ANTWORT: Die sowjetischen Aktivitäten in Afrika basieren auf einer Mischung aus geopolitischen, strategischen und ideologischen Motivationen. Ihr Ziel ist es, den sowjetischen Einfluß auf jede nur mögliche Art und Weise auszuweiten, alle sich ergebenden Möglichkeiten zu nutzen und sich mehr der militärischen als der wirtschaftlichen Hilfe zu bedienen.

Die

Die Folgen in jenen Gebieten aber, in denen die Sowjets ihren Einfluß am nachhaltigsten verstärken konnten - wie in Äthiopien und Angola -, waren eine Intensivierung der Konflikte und Leiden. Die Flüchtlinge, die vor dem Kommunismus aus Kambodscha, Afghanistan und Kuba fliehen, sind die unschuldigen Opfer der sowjetischen Einmischung.

Nach unserem Dafürhalten soll es den Afrikanern frei stehen, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Demgemäß verfolgen wir eine Politik, die die grundlegenden afrikanischen Aspirationen und Prioritäten anerkennt:

- Selbstbestimmung;
- Beendigung des Rassismus und der weißen Minderheitsherrschaft;
- Aufrechterhaltung der territorialen Integrität; und
- wirtschaftliche Entwicklung.

Wir Amerikaner können uns mit diesen Prioritäten identifizieren und tun dies auch. Wir fahren damit fort, unsere diplomatische und finanzielle Unterstützung auf deren Förderung zu verwenden. Diese Haltung ist langfristig die wirksamste Antwort auf die Versuche der Sowjets und ihrer kubanischen Handlanger, in Afrika und auf Kosten echter afrikanischer Interessen und Bedürfnisse immer stärkeren Einfluß zu gewinnen.

FRAGE: Wir Europäer machen uns offensichtlich Sorgen über die internationalen Sicherheitsvorkehrungen in bezug auf Kernwaffen - sei es im Zusammenhang mit SALT und anderen Abrüstungsverhandlungen oder auch mit den auf Computerversagen zurückzuführenden amerikanischen Verteidigungsalarm-Fällen. Können Sie einen Kommentar zu der Frage nach den Sicherheitsvorkehrungen und den Möglichkeiten eines Kriegs aus Zufall geben?

ANTWORT:

ANTWORT: Der weitere Ausbau der Rüstungsbeschränkungen ist im Grunde genommen eine Maßnahme, einen Konflikt aus Zufall zu verhindern. Verhandlungen machen beispielsweise einen Dialog zwischen Gegnern möglich, der ein generell größeres Verständnis für das militärische Denken und für militärische Systeme wecken kann. Rüstungsbegrenzungsabkommen tragen darüber hinaus dazu bei, das Vertrauen zwischen beiden Seiten auf spezifischen Gebieten zu stärken - beispielsweise durch die Bestimmungen des SALT II-Vertrages über die vorherige Bekanntgabe gewisser Flugtests interkontinentaler Raketen. Wenngleich unser eigenes Warnsystem vollkommen ausreicht, einen Angriff klar zu erkennen, ist es nützlich, Informationen dieser Art als Teil eines vertrauensbildenden Prozesses gegenseitig auszutauschen. Die Verfahren zur Bekanntgabe von Truppenbewegungen und Übungen großen Stils gemäß den Vereinbarungen von Helsinki aus dem Jahre 1975 tragen in ähnlicher Weise zur Sicherheit Europas bei.

Auch wenn wir uns wegen der Computerfehler Sorgen machen, bestand keine Möglichkeit eines aggressiven Gegenzuges seitens der Vereinigten Staaten allein gestützt auf einen isolierten Hinweis auf eine Waffenkomponente. Während jener beiden kurzen Alarmperioden verfuhr unser Personal nach Standardverfahren und gelangte unverzüglich zu der Feststellung, daß kein Angriff im Gange sei. Wir standen keineswegs unmittelbar davor, irgendwelche eigenen nuklearen Streitkräfte in Marsch zu setzen. Sämtliche unserer Warn-Sensoren haben korrekt funktioniert; und das gleiche gilt auch für die Verfahren, einen echten von einem falschen Alarm zu unterscheiden.

FRAGE: Der jeweilige Zustand der Wirtschaft hat schon immer eine wichtige Rolle für den Ausgang amerikanischer Präsidentschaftswahlen gespielt. Werden die Sorgen im eigenen Land in bezug auf die derzeitige Wirtschaftslage (Rezession, steigende Arbeitslosigkeit und dergleichen) das Übergewicht über die amerikanischen Anstrengungen im Ausland gewinnen - sowohl was Ihre Wiederwahl als auch die Stoßrichtung der künftigen

künftigen amerikanischen Priorität angeht?

ANTWORT: Wenn Sie damit meinen, daß sich die Vereinigten Staaten wegen der Sorgen um die heimische Wirtschaft nach innen orientieren werden, dann ist die Antwort ein klares "Nein". Wir müssen eine wichtige und verantwortliche internationale Rolle als Mitglied des Atlantischen Bündnisses, der NATO, als uneingeschränkter Partner der Friedensbemühungen im Nahen Osten und als eine verantwortungsbewußte und ständige Kraft der Aussöhnung und des wirtschaftlichen Fortschritts spielen.

Unsere derzeitige binnenwirtschaftliche Situation würde mir natürlich auch Sorgen bereiten, wenn 1980 kein Wahljahr wäre. Im wesentlichen unterscheiden sich unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht von jenen, mit denen auch die anderen Industriestaaten der Erde zu kämpfen haben. Unsere Tagesordnung für das Gipfeltreffen in Venedig schloß solche Wirtschaftsfragen von vorneherein ein - insbesondere die langfristige Frage der Einsparung und Erzeugung von Energie und der Versorgung mit Energiestoffen sowie den anhaltenden Kampf gegen die Inflation. In unserem Zeitalter lassen sich binnen- und außenwirtschaftliche Prioritäten nicht auseinanderhalten. Sie müssen beide im In- und im Ausland in dem gleichen Verantwortungsbewußtsein und mit der gleichen Kreativität angegangen werden. Sie erfordern eine offene Beurteilung und manchmal schwierige Entscheidungen, die weit über ein Wahljahr hinausreichen.

+ + + + +

GEMEINSAME AMERIKANISCH-PORTUGIESISCHE ERKLÄRUNG ZUM BESUCH CARTERS

LISSABON - (AD) - Nach den Gesprächen des amerikanischen Präsidenten mit der portugiesischen Führung am 26. Juni 1980 wurde folgende gemeinsame Erklärung veröffentlicht:

Jimmy Carter, Präsident der Vereinigten Staaten, besuchte am 26. Juni Lissabon aufgrund der Einladung des Präsidenten von Portugal, Antonio Raalho Eanes. Der Besuch bot Gelegenheit zu Treffen zwischen den beiden Präsidenten und zwischen Präsident Carter und Ministerpräsident Francisco Sa Carneiro.

Präsident Carter und seine Gastgeber stellten mit Befriedigung die enge Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Portugal fest, die sich auf die seit langer Zeit bestehenden Bande der Freundschaft, auf die gemeinsame Verpflichtung gegenüber den demokratischen Werten und auf die Partnerschaft im NATO-Bündnis gründet. Sie besprachen internationale Fragen, einschließlich der Lage in Afghanistan, im Iran und im Nahen Osten, neue Formen der Koordination und Konsultation zwischen den westlichen

westlichen Ländern sowie die amerikanisch-portugiesische Zusammenarbeit zur Stärkung der westlichen Sicherheit, einschließlich der Entwicklung und Konservierung von Energiequellen.

Präsident Carter betonte Portugals überaus positive Beiträge zum westlichen Bündnis und beglückwünschte den Präsidenten und den Ministerpräsidenten zu ihrer kraftvollen Führung bei der Entwicklung der portugiesischen Demokratie. Er würdigte insbesondere die rasche Reaktion der portugiesischen Regierung auf die bewaffnete sowjetische Invasion und Besetzung Afghanistans. Die Führer stimmten überein, daß diese sowjetische Maßnahme in flagranter Verletzung der Charta der Vereinten Nationen den internationalen Frieden schwer gefährdet und eine große strategische Herausforderung darstellt, die die lebenswichtigen westlichen Interessen in Südwestasien und in der Region des Persischen Golfs berührt.

In Einklang mit dieser gemeinsamen strategischen Beurteilung sehen die Führer die Anwendung konkreter politischer, wirtschaftlicher und kommerzieller Maßnahmen als unabdingbar an, um der Sowjetunion die Notwendigkeit eines sofortigen und vollständigen Rückzugs ihrer Truppen aus Afghanistan vor Augen zu stellen.

Parallel zu dieser Ansicht begrüßten die Führer die konzentrierten Schritte, die die NATO derzeit verfolgt, um die gemeinsame Verteidigung in Beantwortung der strategischen Herausforderung zu stärken, vor der alle westlichen Verbündeten stehen, und unterstrichen ihre Verpflichtung zur frühestmöglichen Erfüllung der Zielsetzungen, wie sie im Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO zum Ausdruck kommen. Angesichts der amerikanischen Verpflichtung, Mittel zum Aufbau eines Sicherheitsrahmens im Gebiet von Südwestasien und in der Region des Persischen Golfs bereitzustellen, erkennen sie weiterhin die Nützlichkeit angemessener Konsultationen zwischen den westlichen Verbündeten hinsichtlich der Sicherheitserfordernisse innerhalb des NATO-Bereichs an.

Präsident

Präsident Carter wiederholte seine und des gesamten amerikanischen Volkes Wertschätzung für die offene Unterstützung Portugals bei der internationalen Anstrengung, die Freilassung der im Iran ungeachtet des Völkerrechts und universell anerkannter Anstandsregeln festgehaltenen amerikanischen Geiseln sicherzustellen. Die Führer betonten, daß das Prinzip der Herrschaft des Rechts, das für die Gesundheit und Stabilität der Weltgemeinschaft so entscheidend ist, in dieser Krise auf dem Spiel steht. Sie stellten gemeinsam fest, daß eine dauernde Gefangenhaltung der Geiseln das internationale Ansehen des Iran weiter untergraben wird, und unterstrichen übereinstimmend die Notwendigkeit, die Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran beizubehalten, sowie die von den internationalen Körperschaften unternommenen Anstrengungen als ein Mittel, die iranischen Autoritäten von der unversehrten Freilassung aller Geiseln zu überzeugen.

Anderen Aspekten gemeinsamen Interesses zugewandt, betonten beide Seiten die Bedeutung der Erzielung eines umfassenden und dauerhaften Friedens im Nahen Osten, der die Interessen aller beteiligten Parteien in Rechnung zieht.

Präsident Carter begrüßte die konstruktiven Einsichten und Vorschläge, die Präsident Eanes und Ministerpräsident Sa Carneiro hinsichtlich der kritischen Probleme der Ost-West- sowie der Nord-Süd-Beziehungen boten. Insbesondere rühmte Präsident Carter die Anstrengungen Portugals zur Stärkung der Bindungen mit Afrika, vor allem mit den portugiesischsprachigen afrikanischen Staaten. Sie waren sich einig, daß es nützlich sei, die amerikanisch-portugiesischen Konsultationen über Möglichkeiten zu intensivieren, wie beide Länder für mehr Frieden, Freiheit und Wohlergehen arbeiten können.

+ + + + +

ERKLÄRUNG CARTERS NACH DER RÜCKKEHR AUS EUROPA

WASHINGTON - (AD) - Bei seiner Ankunft auf dem Luftwaffenstützpunkt Andrews gab Präsident Carter am 26. Juni 1980 nach seiner Europa-reise folgende Erklärung ab:

Lassen Sie mich zunächst sagen, daß Rosalynn, ich, Amy und alle anderen hier sehr froh darüber sind, wieder zurück in den Vereinigten Staaten zu sein. Wir hatten eine sehr lange und, wie ich glaube, produktive und erfolgreiche Reise. Seit ich dieses Land vor einigen Tagen verließ, hatte ich die Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen mit den Führungspersonen von neun verschiedenen Staaten - nicht nur mit den Staats- und Regierungschefs, sondern auch in manchen Fällen mit den Führern der Oppositionsparteien und denjenigen, die derzeit oder in Zukunft ebenfalls die Regierung stellen. Wir trafen auch mit dem Präsidenten der Europäischen Gemeinschaft zusammen und hatten ausführliche Gespräche mit dem Papst im Vatikan.

In

In Jugoslawien brachten wir unsere tiefe Verpflichtung gegenüber der Integrität, der Einheit und der Sicherheit dieses Landes zum Ausdruck, das nunmehr seit dem unglücklichen Ableben von Präsident Tito gute Fortschritte macht. Die neue Regierung scheint stark und fest zu sein, alles unter Kontrolle zu haben und hingebungsvoll zu sein. Natürlich boten wir ihnen für die zukünftige Stabilität und Integrität dieses großartigen Landes unsere Unterstützung an. In Italien teilen wir mit Ministerpräsident Cossiga und Präsident Pertini die gemeinsame Grundlage, auf der wir unsere eigenen Hoffnungen für die Zukunft bauen. Die Italiener vollbrachten bei der Vorbereitung der Konferenz von Venedig eine großartige Leistung; dort trafen wir mit den führenden Staatsmännern nicht nur von Italien und der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch mit jenen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und Japans zusammen.

Ich hatte auch Gelegenheit, mich in den beiden neuen Demokratien Spanien und Portugal aufzuhalten - beide zwar altehrwürdige Länder, aber erst seit kurzem im demokratischen Prozeß. Ich brachte ihnen gegenüber die Dankbarkeit unseres eigenen Landes zum Ausdruck sowie unsere Bewunderung über den raschen Wandel hin zu einer wirklich demokratischen Regierung. Auch konnte ich mit ihnen fruchtbare Gespräche führen: Wir alle waren uns in einem bemerkenswerten Ausmaß einig darüber, daß die siebziger Jahre für uns leidvolle Erfahrungen mit sich brachten, mit sich rasch ändernden wirtschaftlichen und sonstigen Umständen, daß wir aber in den achtziger Jahren vor noch größeren Herausforderungen stehen. Alle Führungspersonen erkennen, daß es schmerzliche Entscheidungen zu treffen gilt, daß aber unsere Völker stark und mutig, entschlossen und geeint genug sind, um diese Entscheidungen zu fällen, sogar dann, wenn dabei unsererseits einige Opfer gebracht werden müssen sowie einige Anpassungen bei den gegenseitigen Wünschen und Bedürfnissen.

Wir erkennen, daß wir die Verkettung zwischen zukünftigem wirtschaftlichem Wachstum und Energieabhängigkeit aufbrechen müssen; mit anderen

anderen Länder bei der Verfolgung von Frieden und Stabilität für alle Völker hinzufügen wird.

In dieser Hinsicht betonte Präsident Carter seine Freude über den Fortschritt hinsichtlich des Beitritts Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft, der die westliche Solidarität stärken und den Aufbau eines stärkeren und einigeren Europas vervollständigen wird.

Beide Staatsmänner brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß eine ausgewogene Fortführung der Madrider Konferenz die Schaffung eines für Dialog und Kooperation günstigen Klimas erlauben wird und daß die Konferenz die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens fördern und Fortschritt auf dem Weg zu Entspannung und Frieden ermöglichen wird.

Präsident Carter brachte seine Befriedigung über die umfangreiche Arbeit zum Ausdruck, die Spanien als Gastgeber der KSZE-Folgekonferenz in Madrid übernimmt.

Beide Staatsmänner untersuchten Möglichkeiten zur Stärkung der westlichen Solidarität angesichts der ernststen Bedrohung, die die sowjetische Aggression in Afghanistan darstellt. Sie untersuchten die Bedeutung der sowjetischen Ankündigung des Abzugs einiger Streitkräfte aus Afghanistan und unterstrichen erneut, daß nur der vollständige Abzug der sowjetischen Truppen und Garantien für Blockfreiheit sowie die Respektierung der Freiheit des afghanischen Volkes zur Verdeutlichung seiner politischen Wünsche die notwendigen Elemente für eine endgültige Lösung des Konflikts darstellen.

Präsident Carter brachte sein Verständnis für Spaniens Rolle hinsichtlich seiner Beziehungen zur arabischen Welt sowie für die Anstrengungen von Präsident Suarez bei seinen internationalen Kontakten und seinen Reisen in den Nahen Osten zum Ausdruck. Die beiden Führungspersönlichkeiten

Führungspersönlichkeiten unterstrichen ihren gemeinsamen Wunsch nach einem Beitrag zu einer gerechten und friedlichen Lösung der Probleme in dieser Region.

Präsident Carter brachte seine Wertschätzung und den Dank des amerikanischen Volkes für die Unterstützung und die Schritte Spaniens in bezug auf die sofortige Freilassung der im Iran unrechtmäßig festgehaltenen amerikanischen Geiseln zum Ausdruck.

Der Präsident der spanischen Regierung erklärte, daß Spanien seine Maßnahmen zur Unterstützung der internationalen Anstrengungen für eine positive Lösung des Problems fortsetzen werde. Die beiden Präsidenten stimmten darin überein, daß die Respektierung des Völkerrechts für den angemessenen Unterhalt internationaler Beziehungen und für die Lösung der gegenwärtigen Krise unabdingbar ist.

Präsident Carter beschrieb die Ergebnisse, die auf dem jüngsten Gipfeltreffen in Venedig erzielt wurden. Angesichts der von den beiden Regierungen geteilten Bedenken hinsichtlich der weltweiten Energiekrise und ihrer negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen bot Präsident Carter Spanien an, bei Forschung und Entwicklung von alternativen Energiequellen - ein Feld, auf dem die Vereinigten Staaten derzeit große Anstrengungen unternehmen - mitzuarbeiten und Nutzen daraus zu ziehen.

Die beiden Staatsmänner waren einer Meinung hinsichtlich der Bedrohung, die der Terrorismus für den Frieden, die Stabilität und den Fortschritt in der heutigen Welt darstellt.

Auf dem Gebiet der bilateralen Themen brachten die beiden Präsidenten ihre Freude über den Zustand der gegenseitigen Beziehungen zum Ausdruck und unterstrichen ihre Befriedigung angesichts der positiven Haltung

Haltung beider Parteien hinsichtlich der Suche nach einem vertraglichen Rahmenwerk für die zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern, das die neuen politischen Bindungen in Spanien in Rechnung stellt.

Die beiden Seiten prüfen den Zustand der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern und brachten ihre Absicht zum Ausdruck, in dieser Richtung fortzufahren und gleichzeitig auf ein Ende des gegenwärtigen Ungleichgewichts beim Handelsaustausch hinzuwirken.

+ + + + +